

**Delegiertenkonferenz der Evangelischen Jugend im Rheinland am  
23. – 24.09.2023  
Beschluss 2**

**Keine Haushaltskürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen!  
Für eine generationengerechte Jugend- und Sozialpolitik.“**

Die Delegiertenkonferenz fasst folgenden Beschluss: Die Evangelische Jugend im Rheinland macht sich die nachfolgende Erklärung „Keine Haushaltskürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen! – Für eine generationengerechte Jugend- und Sozialpolitik.“ zu eigen.

Der Vorstand der EJiR macht diesen Text in der Form einer Presseerklärung und auf weitere, geeignete Weise öffentlich. Der Vorstand der EJiR versendet den Text an innerkirchliche Gremien und Funktionsträger\*innen (EKiR, EKD), das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Finanzen, die aej, Hannover, die aej-NRW und an den BJR.

Die EJiR bringt sich darüber hinaus weiter aktiv in den politischen Diskurs ein und entwickelt, wenn geboten, weitere Formate und Aktionen um gegen Haushaltskürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen einzustehen.

Keine Haushaltskürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen! Für eine generationengerechte Jugend- und Sozialpolitik. Mit Verärgerung und Enttäuschung nimmt die die Evangelische Jugend im Rheinland (EJiR) die beabsichtigen Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen zur Kenntnis. Sie fordert die zuständigen Ministerien und Politiker\*innen auf, die Etatpolitik generationengerecht und sozial ausgewogen zu gestalten.

Die Haushaltspolitik der Bundesregierung sieht mit Verweis auf die Schulden-  
grenze massive Kürzungen u.a. auch im Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor. Das hat in vielen Bereichen auch gravierende Auswirkungen für Kinder und Jugendliche. Während einerseits aus der Politik immer wieder Rufe zur Einrichtung eines Pflichtdienstes für Jugendliche und junge Erwachsene laut werden, wird ausgerechnet die Förderung des Freiwilligendienstes in den kommenden Jahren deutlich reduziert. Immer weniger junge Erwachsene werden in Zukunft ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr im In- oder Ausland absolvieren können.

Die Diakonie als eine der größten Koordinatorinnen des Freiwilligendienstes weist darauf hin, dass dies auch deutliche, negative Auswirkungen auf die Bereiche haben wird, in denen in der vergangenen Zeit die Jugendlichen ihren Dienst versahen. Immer wieder wird auf langfristigen, negativen Auswirkungen der großen Belastungen durch die Corona-Krise für Kinder und Jugendliche

hingewiesen. Jugendhilfe und Jugendarbeit bieten mit ihren vielfältigen Angeboten der Bildungs- und Freizeitarbeit ein Feld, in denen sich Heranwachsende selbstbestimmt mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Krisen und ihren Optionen zur Einflussnahme auseinandersetzen können.

Internationale Jugendarbeit und Begegnungen mit Jugendlichen aus dem (europäischen) Ausland sind seit Jahrzehnten wichtige Beiträge zur Herstellung und Festigung eines friedlichen Miteinanders von Menschen und Staaten. Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist für die genannten Arbeitsfelder der Jugendarbeit ein unverzichtbares Förderinstrument. Die beabsichtigten massiven Kürzungen im KJP werden Reduzierungen der (internationalen) Jugendarbeit unumgänglich machen. Vor dem Hintergrund internationaler Spannungen und nur global zu lösender ökologischer und sozialer Probleme ist dies unverständlich. Flucht ist für junge Migrant\*innen eine ungewollte Konsequenz nationaler und internationaler Krisen. Die Unterstützung, Begleitung und Beratung geflüchteter Kinder und Jugendlicher bei den belastenden Folgen der Flucht und der Integration in ihre neuen Heimaten sind unverzichtbar. Dennoch plant die Bundesregierung auch hier Kürzungen der Förderung.

Die EJiR fordert die verantwortlichen Politiker\*innen auf, in den weiteren Haushaltsberatungen die Kürzungen zu korrigieren. Weder darf eine Sparpolitik auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die in den zurückliegenden Jahren ihre Solidarität in der Gesellschaft deutlich unter Beweis gestellt haben noch dürfen von Armut betroffene oder bedrohte Kinder- und Jugendliche von den Angeboten der Jugendhilfe schleichend ausgeschlossen werden. Die EJiR bittet ihre Mitglieder, den Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise auf die genannten Missstände hinzuweisen und sie aufzufordern, sich im Bundestag zugunsten von Kindern und Jugendlichen stark zu machen.

Die EJiR fordert die EKiR und die EKD dazu auf, das Gespräch mit den zuständigen Ministerien zu suchen und darauf zu dringen, die geplanten Einschnitte nicht umzusetzen. Sie ermutigt Kinder und Jugendliche, sich in die politischen Diskussionen einzumischen und ebenso deutlich wie fantasievoll auf sich und ihre Interessen hinzuweisen.

Alle erwähnten bzw. zitierten Texte sind zu finden unter: <https://cloud.ejir.de/index.php/s/9ktmoZ3D4tpcNEC>